

#RestartBerlinBrandenburg: So gelingt die Rückkehr zum Wachstum

Die Corona-Krise bedeutet massive wirtschaftliche Schäden in nahezu allen Branchen in Berlin und Brandenburg. Seit der Lockerung der Kontaktbeschränkungen arbeiten die Unternehmen daran, zum normalen Geschäftsleben zurückzukehren.

Der Bund und die Länder haben sich darum bemüht, die Liquidität der Betriebe mit einer Reihe von Sofortmaßnahmen zu sichern. Die Bundesregierung bringt derzeit ein Konjunkturprogramm auf den Weg, das Wirtschaft und Bürger entlasten und die Nachfrage ankurbeln soll. Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg unterstützen dies.

Ergänzend dazu muss der Staat auch auf der regionalen Ebene alles tun, damit die Wirtschaft auf einen Wachstumspfad zurückkehrt. Je eher das gelingt, desto weniger Unternehmen verschwinden vom Markt und desto weniger Arbeitsplätze gehen verloren. Hinzu kommt der psychologische Aspekt – legen Berlin und Brandenburg den Fokus auf die Erholung der Wirtschaft, kann das die Zuversicht der Wirtschaft und der Menschen beflügeln.

Dazu braucht es bessere Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen. In der Krise haben Politik und Wirtschaft gezeigt, dass sie schnell und unbürokratisch auf neue Herausforderungen reagieren können. Ein solches Handeln ist auch beim Neustart gefragt. In der Krise liegen darüber hinaus auch Chancen. Der Strukturwandel wird sich durch die Corona-Folgen beschleunigen. Berlin und Brandenburg können davon profitieren, wenn sie jetzt die richtigen Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik treffen.

1) Freiheit mit Verantwortung: Wirtschaftsleben wieder ermöglichen

Berlin und Brandenburg müssen schnell und so umfassend wie möglich den Corona-Modus verlassen und zum normalen Wirtschaftsleben zurückkehren. Dies ist auch ein Signal, damit die Verbraucher wieder mehr konsumieren und die Unternehmen mehr investieren.

Dabei ist es auf absehbare Zeit unerlässlich, die Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten. Hier haben die Unternehmen umfangreiche Konzepte erarbeitet, um Kunden und Beschäftigte zu schützen. Zugleich gilt, es die Verbreitung des Virus intensiv zu überwachen und Risikogruppen so gut es geht zu schützen. Die Gesundheitsämter müssen gestärkt werden, damit sie im Fall einer erneuten Ansteckungswelle rasch wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen können. Die Test-Kapazitäten müssen erhöht werden.

- **Beschränkungen begründen.** Angesichts von noch gut 500 aktiven Corona-Fällen in Berlin und 90 in Brandenburg (Stand 3. Juni) gibt es kaum noch Gründe für Beschränkungen im Wirtschaftsleben. Der Staat muss von nun an konkret nachweisen, wo Ansteckungsgefahren bestehen, um Auflagen zu rechtfertigen.
- **Mehr Möglichkeiten für den Handel.** Weitere Öffnungen im Einzelhandel sind möglich. Die Abstandsregeln – bislang müssen pro Kunde 20 Quadratmeter zur Verfügung stehen – sollten flexibler ausgelegt werden.

- **Industrie den Neustart ermöglichen.** Jeder dritte Industriebeschäftigte arbeitet kurz. Damit das Hochfahren der Branche gelingt und Lieferketten wieder funktionieren, müssen sich Berlin und Brandenburg für dauerhaft offene Grenzen einsetzen.
- **Standortfaktor Kultur.** Kultureinrichtungen sollten so weit wie möglich wieder geöffnet werden können, wenn Hygienekonzepte vorliegen.
- **Verlässliche Betreuung.** Damit Firmen voll arbeitsfähig werden, müssen Kitas und Schulen bei der Kinderbetreuung so weit wie möglich zum Normalbetrieb zurückkehren. Beschäftigte sind angewiesen auf planbare und verlässliche Betreuungszeiten.
- **Keine zusätzlichen Lasten.** Die Wirtschaft braucht ein Belastungsmoratorium, um die Krise zu überwinden. Kostensteigerungen ausgerechnet in dieser prekären Lage wären Gift für die Erholung. Höhere Steuern verbieten sich ebenso wie die Einführung einer Vermögen- oder einer Finanztransaktionssteuer.
- **Ausbildung sichern.** Die Firmen tun alles, um ihre Lehrstellen zu besetzen. Um sie zu unterstützen, müssen die Beratungsteams von Schulen, die Jugendberufsagenturen und die Arbeitsagenturen schnell zum Normalbetrieb zurückkehren. Denn der Fachkräftebedarf bleibt hoch. Ausbildungsbetriebe, die für längere Zeit Kurzarbeit nutzen, sollten zeitweise einen Zuschuss zur Ausbildungsvergütung erhalten. In Branchen, in denen sich ein geringeres Ausbildungsangebot abzeichnet (Hotellerie, Gastronomie, Kreativwirtschaft) sind Ersatzangebote nötig, bei denen das erste Jahr im Trägersystem stattfindet und dann ein Wechsel in eine betriebliche Ausbildung möglich ist.
- **Eigentum garantieren.** Die Debatte um Enteignungen in Berlin schadet dem Investitionsklima und sollte so schnell wie möglich vom Senat beendet werden.
- **Erst analysieren, dann entscheiden.** Ein funktionierender Wirtschaftsverkehr ist essentiell für die Stadt. Die Verkehrspolitik muss dafür sorgen, dass die Unternehmen mobil bleiben und nicht im Stau stehen. Die Grundlage für die zukünftige Verteilung des Verkehrsraums muss eine intensive Datenanalyse der Verkehrsströme sein.
- **Flexibler Staat.** Das Ziel muss es sein, die Liquidität der Unternehmen zu sichern. Daher sollte der Staat Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen im Jahr 2020 stunden, wenn das betrieblich notwendig ist. Bei der Rückzahlung von öffentlich unterstützten Krediten sollte der Staat Flexibilität zeigen, auch über 2020 hinaus.
- **40 Prozent als Maximum.** Arbeit darf nicht noch teurer werden. Eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns lehnen die Firmen ab. Die Lohnzusatzkosten dürfen auf keinen Fall über die Marke von 40 Prozent steigen.
- **Arbeit erleichtern.** Eine weitere Regulierung des Arbeitsmarktes schadet der Beschäftigung. Vorhaben wie die Einschränkung von sachgrundlosen Befristungen, von Werkverträgen oder die Einführung eines Rechts auf Home Office müssen zu den Akten gelegt werden. Die 2017 beschlossenen Einschränkungen der Zeitarbeit müssen rückgängig gemacht werden

2) Lernen aus der Krise: Wo Berlin und Brandenburg handeln müssen

Der Staat hat in der Krise rasch und umfassend reagiert und die Unternehmen gestützt. Allerdings sind an vielen Stellen strukturelle Defizite und Versäumnisse deutlich geworden. Darum muss sich die Politik so schnell wie möglich kümmern. Das stärkt auch das Wachstum.

- **Klare Prioritäten bei den Staatsausgaben.** Angesichts von Steuerausfällen und deutlichen Belastungen müssen Berlin und Brandenburg bei konsumtiven Ausgaben auf die Bremse treten. Teure Beschlüsse der vergangenen Jahre müssen auf den Prüfstand. Es darf keine weiteren Festlegungen geben, die die Etats dauerhaft belasten. Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Innovationen und zukünftiges Wachstum sollten Priorität haben, zum Beispiel in Brücken mit dringendem Sanierungsbedarf.
- **Neue Schulden müssen zeitnah getilgt werden.** Binnen weniger Wochen sind die Früchte von acht Jahren Haushaltskonsolidierung dahin. Die Krise zeigt, wie wichtig finanzieller Spielraum in den öffentlichen Finanzen ist. Sobald die Wirtschaft wieder in Fahrt kommt, muss auch die Konsolidierung beginnen. Das Ziel sollte sein, die Corona-Kredite binnen zehn Jahren nach Beginn des Aufschwungs zurückzuzahlen.
- **Das Bildungssystem muss fit werden für das 21. Jahrhundert.** Die Schulen werden auf längere Zeit nicht zum Normalbetrieb zurückkehren können. Daher braucht es Konzepte für die Verschränkung von Präsenz- und Online-Unterricht. Schulen und Schüler brauchen dafür eine angemessene IT-Infrastruktur. Hier muss der DigitalPakt Schule des Bundes endlich seine Wirkung entfalten. Bislang ist in Berlin nur 1 Prozent der vorgesehenen Mittel (insgesamt 257 Millionen Euro) ausgegeben worden. Parallel dazu müssen die Lehrerinnen und Lehrer ihre digitalen Kompetenzen verbessern.
- **Die Verwaltung muss Ernst machen mit der Digitalisierung.** Die Corona-Krise zeigt, dass die Digitalisierung der Verwaltung im Rückstand ist. Ämter waren während des Lockdowns zeitweise kaum arbeitsfähig, in Berlin konnten nur 12 Prozent der Landesbediensteten von zu Hause auf die IT-Systeme ihrer Arbeitgeber zugreifen. In Zukunft sollten alle Beschäftigten über Laptops verfügen. Dazu müssen in der Hauptstadt 90.000 Stück angeschafft werden. Zudem müssen die Datenbanksysteme der Bezirke, Senatsverwaltungen und der Finanzämter miteinander vernetzt sein. Die Beschäftigten müssen für die digitalen Anforderungen weitergebildet werden.
- **Schneller genehmigen.** Planungs- und Verwaltungsverfahren müssen schneller vorankommen. Genehmigungszeiträume zu verlängern, wie es Berlin mit der novellierten Landesbauordnung getan hat, ist falsch. Hätten die Ämter in der Krise flexibler reagiert, hätten viele Arbeiten in Schulen und Kitas durchgeführt werden können.
- **Bürokratieabbau spart Geld und Zeit.** Das neue Vergabegesetz in Berlin bedeutet das Gegenteil - die Vergabe öffentlicher Aufträge wird komplizierter und verlangt von Unternehmen die Erfüllung weiterer, vergabefremder Kriterien. Hinzu kommt die Belastung durch die Erhöhung des Vergabe-Mindestlohns auf 12,50 Euro. Dabei müsste gerade in der Krise das Geld aus öffentlichen Haushalten, etwa aus dem Siwana-

Fonds, beschleunigt abfließen. Ein Gremium ähnlich dem Nationalen Normenkontrollrat auf Bundesebene muss die Prozesse der Verwaltungen in Berlin und Brandenburg unter die Lupe nehmen und Vorschläge für eine Entbürokratisierung machen. Brandenburg sollte auf die Erhöhung des Vergabe-Mindestlohns verzichten.

3) Heute an morgen denken: Die Hauptstadtregion muss in die Zukunft investieren

Die Krise wird den Strukturwandel beschleunigen. Stärker denn je werden neue Technologien die Unternehmen verändern, vor allem in der Industrie. Die Politik muss die nötigen Entscheidungen treffen, damit die Firmen aus der Region zu den Gewinnern zählen.

- **Smart City – politisches Ziel statt ewige Vision.**
 - **Jede Firma braucht einen Gigabit-Anschluss.** Ohne leistungsfähige Infrastruktur ist der nächste Schritt der Digitalisierung nicht denkbar. Zudem erhöht dezentrales Arbeiten den Datenverkehr.
 - **Modern und mobil.** Die Versorgung mit Mobilfunktechnik (4G oder 5G) muss besser werden, vor allem auf dem Land.
 - **Elektromobilität den Weg ebnen.** Damit emissionsfreie Antriebe den Durchbruch schaffen, muss die Laden-Infrastruktur bedarfsgerecht ausgebaut werden. Bis 2030 braucht Berlin 100.000 Ladesäulen. Das macht zugleich den gezielten Ausbau des Stromnetzes erforderlich. Auch die Verknüpfung von Strom- und Ladenetz kann ein Erfolg versprechender Weg sein.
 - **Digital bauen.** Berlin fehlten weiterhin Wohnungen und Infrastruktur. Verwaltung und Unternehmen sollten beim Bauprojektmanagement verstärkt auf das Building Information Modeling (BIM, Gebäudedatenmodellierung) setzen. Das vereinfacht Planung, Controlling und Kommunikation.
- **Industriestadt Berlin – neue Trends nutzen, um wettbewerbsfähiger zu werden.**
 - **Schrittmacher der digitalen Produktion.** Die Krise beschleunigt die digitale Transformation der Industrie. Bisherige Fertigungsprozesse stehen auf dem Prüfstand. Setzen Berlin und Brandenburg konsequent auf eine umfassende Digitalisierung, innovative Produkte und moderne Prozesse, werden sie die Gewinner des Wandels sein. Bei wegweisenden digitalen Technologien wie Künstliche Intelligenz (AI), Industrielles Internet der Dinge (IIoT), Erweiterte Realität (AR) oder 3D-Druckverfahren (AM) belegt die Hauptstadtregion bundesweit Spitzenplätze. Das Ziel ist, Forschungsergebnisse aus diesen Bereichen verstärkt in industrielle Anwendungen zu überführen. Ebenso braucht es eine direkte Vernetzung zwischen Digital-Startups und Industriebetrieben. Die neue IBB-UVB-Studie zu Digitalwirtschaft und Industrie in der Hauptstadtregion hat bereits das Potenzial gezeigt, das in dieser Entwicklung steckt.

- **Neuordnung der Lieferketten als Chance.** Als Lehre aus Corona werden einige Branchen ihre Produktions- und Lieferverbände neu organisieren, um widerstandsfähiger gegen Krisen zu sein. Das bedeutet, dass Fertigung von Asien nach Europa verlagert werden wird. Für Zulieferer in Berlin und Brandenburg steckt darin eine große Chance. Dieses Thema muss einen (neuen) Schwerpunkt im Masterplan „Industriestadt Berlin“ bilden.
- **Gesundheitsstandort Berlin stärken.** Am wichtigsten dürfte das Thema in der Gesundheitswirtschaft sein. Das Gesundheits-Ökosystem aus Wissenschaft und Forschung, Versorgungseinrichtungen, etablierten Produzenten und Startups bietet gute Chancen, in Berlin und Brandenburg weitere wertschöpfungsintensive Produktion anzusiedeln, etwa für die Pharmaindustrie. Zunächst müssen die Stakeholder identifizieren, bei welchen Produkten die Region einen Wettbewerbsvorteil hat. Anschließend müssen Firmen und Politik das Klima für Investitionen in wettbewerbsfähige Strukturen schaffen.
- **Berlin muss ein starker Startup-Standort bleiben.**
 - **Finanzinstrumente anpassen.** Berlin muss nach der Krise einer der Top-Startup-Standorte in Europa bleiben. Aktuell ist die Fremdfinanzierung ein großes Problem. Der Bund unterstützt die Firmen mit einem Matching-Fonds. Berlin und Brandenburg sollten ihre Beteiligungsinstrumente mit dem Fonds synchronisieren.
 - **Kooperationen fördern.** Darüber hinaus muss die Geschäftstätigkeit der Startups – gerade im B2B-Bereich – stimuliert werden. Zahlreiche junge Firmen bieten (digitale) Produkte und Services zur Krisenbewältigung. Es fehlt allerdings an Informationen, Kontakten und Finanzierungsoptionen für Kooperationsprojekte mit etablierten Unternehmen. Dafür sollten die Programme TransferBONUS und ProFIT ausgebaut werden.
 - **Flächen schaffen.** Junge Unternehmen brauchen zusätzliche und bezahlbare Büroflächen und Standorte. Der Flughafen Tempelhof beispielsweise bietet hier Potenzial.